

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 6 · 44. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 26.6.2013

Hilfeleistung

S. 3

Rund 10.000 Kräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Wasserrettungszüge aus NRW waren in den Hochwassergebieten im Einsatz. Über einen Hilfsfonds berichtete die Landesregierung im Plenum.

Eigenverantwortung?

S. 4

Seit Mai gilt das Nichtraucherschutzgesetz. Nach sechs Wochen in der Praxis erörterte der Landtag in einer Aktuellen Stunde nunmehr Reaktionen und Proteste vor allem vonseiten der Wirte.

Miteinander

S. 7, S. 14

Fraktionsübergreifend wird das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung befürwortet. Wie aber soll die Inklusion umgesetzt werden, und was bedeutet dies für die Förderschulen?

Tage der offenen Tür

S. 11

Am 6. und 7. Juli lädt der Landtag ein zu Tagen der offenen Tür. Nur eine von vielen Möglichkeiten, um das Haus der Bürgerinnen und Bürger und die Parlamentsarbeit näher kennenzulernen, so das Präsidium.

Ihr Platz im Landtag



Kontakt erwünscht

Die Kultur der Offenheit und Transparenz weiter zu verbessern: Das haben sich die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, des Deutschen Bundestags, des Bundesrats und des Südtiroler Landtags auf einer gemeinsamen Tagung kürzlich im österreichischen Krems vorgenommen. Dabei sollen auch die Möglichkeiten der digitalen Welt genutzt werden.

Der Landtag NRW bietet schon heute in gedruckter oder elektronischer Form ein umfangreiches Informationssortiment an. Eine Übersicht darüber finden Sie in unserem Schwerpunkt (S. 10).

„Alles Wesentliche ist Begegnung“, schrieb einst Martin Buber. In diesem Geist möchte das Präsidium die Menschen animieren, persönlich mit dem Landtag in Kontakt zu treten (S. 11): sei es durch einen Besuch in Düsseldorf, sei es auf einer der regionalen Veranstaltungen des Präsidiums. Das Landtagspräsidium hat sich auch angesichts einer aktuellen Forsa-Umfrage das Ziel gesetzt, das Interesse der Menschen an der Landespolitik zu stärken.

LEBENSNAHE THEMEN

Um neue Wege der Bürgerbeteiligung ging es in einem Zukunftsforum von Landtag und Landesregierung. Das Ziel: Bürgerinnen und Bürger

sollen über die passive Information hinaus zu einem aktiven Teil von Verwaltung, Organisation und Willensbildung des Landes werden. An welche Schritte hier gedacht wird, lesen Sie auf Seite 13.

Die Themen des Landtags jedenfalls berühren in vielen Fällen das tägliche Leben der Menschen. So beriet das Plenum in seinen aktuellen Sitzungen zum Beispiel über die Auswirkung des Nichtraucherschutzgesetzes, über Vor- und Nachteile eines Tempolimits sowie über die Kriminalität in NRW. Ein großes Thema ist derzeit die Inklusion, also das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung. Auch bei Einigkeit im Ziel gibt es doch unterschiedliche Auffassungen über den Weg dorthin, vor allem über die notwendigen finanziellen Mittel.

Berichte über die entsprechenden Debatten finden Sie ebenso in dieser Ausgabe wie einen Artikel über die Unterrichtung der Landesregierung zur Hilfe aus NRW für die Hochwassergebiete. Natürlich hören die Abgeordneten bei Gesetzgebungsvorhaben auch externe Fachleute, so zur schon angesprochenen Inklusion, zur Zukunft des finanziellen Ausgleichs zwischen den Bundesländern oder zur geplanten gestaffelten Anhebung der Beamtenbesoldung. Auch dies können Sie in dieser Ausgabe nachlesen.

Der Landtag ist die gesetzgeberische Instanz für Nordrhein-Westfalen, sein Gebäude das Haus der Bürgerinnen und Bürger. Es lohnt sich, ihn näher kennenzulernen: Treten Sie ein!

cw



Schwerpunkt: „Ihr Platz im Landtag“

Blick hinter die Kulissen	10
Tage der offenen Tür	11
Bessere Bürgerbeteiligung	13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum

Hochwasser: 44 Millionen Euro pro Jahr	3
Gesundheit: Freiheitsrechte contra Gesundheitsschutz	4
Verkehr: Fahrspaß oder Sicherheit?	5
Inneres: (Un)Sicheres NRW: Landtag diskutiert Kriminalitätsstatistik	6
Inklusion I: Viel Lärm um eine Verordnung	7
Arbeitskräfte: Zwei Fliegen mit einer Klappe	8
Medien: Ein Klick zu viel	9

Aus den Ausschüssen

Inklusion II: Gegenwind und Bedenken	14
Finanzen: Reparaturen bei laufendem Motor	15
Öffentlicher Dienst: Verluste in Höhe eines Einfamilienhauses	18
Gesetzgebung	12
Aus den Fraktionen	16-17
Interview: Dr. Joachim Paul (PIRATEN)	19
Impressum	19
Termine	20



Hochwasser: 44 Millionen Euro pro Jahr

Landtagsdebatte über nationales Hilfspaket für Flutopfer



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

20. Juni 2013 – Nach der Hochwasserkatastrophe an Donau und Elbe hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft die Abgeordneten über finanzielle Hilfen für die Flutopfer unterrichtet. Am Vortag hatten sich Bund und Länder auf die Finanzierung eines acht Milliarden schweren Hilfsfonds verständigt. NRW soll davon laut Kraft für die kommenden 20 Jahre einen jährlichen Anteil von rund 44 Millionen Euro tragen.

„Nordrhein-Westfalen war stets ein solidarisches Land und wird auch stets ein solidarisches Land bleiben“, zeigte sich Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) stolz. Rund 10.000 Kräfte aus NRW hätten vor Ort geholfen – daneben sei aber auch langfristige Hilfe notwendig: Von dem beschlossenen Milliardenpaket trage NRW über 20 Jahre hinweg jährlich rund 44 Millionen Euro. Das sei ausgewogen und verantwortbar, meinte Kraft. Zudem verwies sie auf den in den vergangenen Jahren gestiegenen Landesetat für Hochwasserschutz in NRW. Zwar habe Rot-Grün diesen für 2013 auf 30 Millionen Euro begrenzen müssen – zeitgleich gebe es aber ein zinsgünstiges Kreditprogramm der NRW-Bank.

Auch Karl-Josef Laumann (CDU) dankte den Helferinnen und Helfern für ihre Arbeit. Daneben forderte er, angesichts der aktuellen Bilder noch einmal intensiv zu prüfen, ob NRW ausreichend auf solche Naturkatastrophen vorbereitet sei. In diesem Zusammenhang kritisierte Laumann den gekürzten Hochwasseretat für das laufende Jahr, auch monierte er ausstehende Genehmigungen der Bezirksregierung für Deichsanierungen. Das Ergebnis der Bund-Länder-Gespräche zum Hilfspaket bezeichnete der Fraktionschef hingegen als „kluge Konzeption“. Er kritisierte allerdings die Absicht von Rot-Grün, die aus diesem Paket resultierenden jährlichen Mehrausgaben für den Landeshaushalt über neue Steuern finanzieren zu wollen.

„Wir wollen Solidarität beweisen“, unterstrich der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Römer. Er dankte der Ministerpräsidentin für die zeitnahe Information über die Ergebnisse des Bund-Länder-Gesprächs und wertete das vereinbarte Hilfspaket als gutes Ergebnis für die betroffenen Menschen und auch für den Landeshaushalt: Die finanziellen Belastungen hätten sich im Laufe der Verhandlungen erheblich abgemildert, lobte Römer. Seine Fraktion werde die Folgen dieser Finanzhilfen im Landtag tragen – er erhoffe sich Gleiches vonseiten der CDU, so Römer. Zudem betonte er, eine vorsorgende Politik helfe, Folgekosten zu vermeiden. Das gelte auch für den Hochwasserschutz.

„Deutschland ist ein solidarisches Land“, wandte sich Christian Lindner (FDP) gegen Klagen über eine angebliche Ellenbogengesellschaft. Er begrüßte das vereinbarte Hilfspaket, warf aber Rot-Grün vor, zur Finanzierung gleich „reflexhaft“ höhere Steuern zu fordern. Reserven für Notfälle gebe es mangels „kluger“ Konsolidierung offenbar nicht, so der Fraktionschef. Zudem kritisierte er, die rot-grüne Regierungsmehrheit kürze den Hochwasseretat, fordere aber gleichzeitig mehr Hilfe vom Bund. Hinzu kämen analytische „Schnellschüsse“ zur Flutursache in Richtung Klimawandel, befand Lindner. Auch könne es nicht sein, dass mancherorts Einzelinteressen den für alle Menschen wichtigen Hochwasserschutz verhinderten.

Auch unter Regierungsbeteiligung seines Vorredners habe NRW keine Reserven gebildet, erinnerte der GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Reiner Priggen. Das nun beschlossene Hilfspaket verteile die Kosten einigermaßen gerecht, auch wenn die gut 40 Millionen Euro pro Jahr immer noch sehr viel Geld seien, betonte Priggen. Wichtig sei nun, über Ursachen der Flut und Konsequenzen aus der Katastrophe nachzudenken: Die Wahrscheinlichkeit sei hoch, dass solche Starkregenereignisse eine Folge des Klimawandels seien. Insgesamt plädierte Priggen für einen überstädtisch koordinierten Hochwasserschutz entlang von Flusssystemen. Es reiche nicht aus, das Wasser immer nur weiterzuschieben.

Es sei die „verdammte Pflicht“ gegenüber den nachfolgenden Generationen, endlich Farbe zu bekennen, meinte der PIRATEN-Fraktionsvorsitzende Dr. Joachim Paul. Hochwasserschutz sei wichtig, helfe aber nicht gegen die Ursache „Klimawandel“. Was die aktuelle Hilfe angeht, dankte Paul sowohl den Helferinnen und Helfern vor Ort als auch der Landesregierung für die aus seiner Sicht gut geführten Verhandlungen. Gleichzeitig machte er aber auch deutlich, dass in den 8 Milliarden Euro lediglich ökonomische Kosten, nicht aber ökologische und gesundheitliche Folgekosten enthalten seien. Die Kritik an dem teils an Einzelinteressen scheiternden Hochwasserschutz bezeichnete Paul als „Demokratie-Bashing“.

bra

Fotos: Schälte



Karl-Josef Laumann (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Christian Lindner (FDP)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN)



Freiheitsrechte contra Gesundheitsschutz

Streit über Auswirkungen des Nichtraucherchutzgesetzes im Landtag

21. Juni 2013 – Gegen eine „Bevormundung“ durch das seit Mai geltende Nichtraucherchutzgesetz wandten sich in einer Aktuellen Stunde sowohl die antragstellende FDP als auch die CDU. Die Sprecher von SPD und GRÜNEN betonten dagegen, das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit verpflichte den Staat zum Handeln. Die PIRATEN forderten statt einer pauschalisierenden Konfrontation einen differenzierenden Ansatz.

Mit dem Nichtraucherchutzgesetz dokumentiere Rot-Grün, dass deren Aussagen zugunsten von Brauchtum, Ehrenamt und Mittelstand Lippenbekenntnisse seien, so **Christian Lindner** (FDP). Obwohl es keine Beanstandungen hinsichtlich von Veranstaltungen in Festzelten gegeben habe, seien diese vom Rauchverbot nicht ausgenommen worden. Daher bereiten Schützen und Karnevalsgesellschaften eine Volksinitiative vor. Das Verbot lasse im Übrigen auch keine Chance für das Geschäftsmodell „Eckkneipe“. Beide Fälle verstießen gegen Ziele der rot-grünen Landesregierung. Den GRÜNEN warf er vor, sie wollten über Menschen bestimmen. Er sei für Nichtraucherchutz, aber mit Vernunft.

Die apokalyptischen Aussagen der FDP zum Tag der Einführung des neuen Rauchverbots seien nicht eingetreten, erklärte **Serdar Yüksel** (SPD). Insbesondere werde der auch aktuell propagierte Vorwurf des Kneipensterbens von der Statistik widerlegt. Die Gastronomen profitierten vielmehr vom verstärkten Zustrom von Nichtrauchern. Es sei notwendig gewesen, das nicht funktionierende Gesetz der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung durch einen effektiven Gesundheitsschutz zu ersetzen. Die-

ser werde auch von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Angesichts der über 100.000 Toten jährlich durch Aktiv- und Passivrauchen habe es einen Mentalitätswechsel gegeben.

„Für wie schwach, verantwortungslos, rücksichtslos und gewissenlos müssen Sie die Menschen halten, wenn Sie das alles verbieten wollen“, fragte **Hendrik Wüst** (CDU) vor allem an die GRÜNEN gewandt. Die Menschen seien heute so aufgeklärt wie selten zuvor. Die Bevormundung durch die SPD führe zur Handlungsunfähigkeit des Staates, die Bevormundung durch die GRÜNEN zur Entmündigung der Menschen. Angesichts einer selbstbewussten Bürgergesellschaft dürfe der Staat nicht immer neue Vorschriften erlassen, die zum Beispiel Brauchtumsveranstaltungen gefährdeten. Das Gesetz aus dem Jahr 2008 von CDU und FDP habe Nichtrauchende geschützt, ohne Rauchende zu diskriminieren.

Es sei nichts Anstößiges an der Neuregelung, betonte **Martin-Sebastian Abel** (GRÜNE). Er verwahrte sich dagegen, dass die demokratisch getroffene Entscheidung zum Nichtraucherchutz auf einer Demonstration mit der NS-Diktatur verglichen worden sei; das sei nicht durch die

Meinungsfreiheit gedeckt. „Zu alledem haben Sie nichts gesagt“, wandte er sich an die Vorredner von FDP und CDU. Das Grundgesetz beinhalte auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Daher sei ein Schutz von Passivrauchern geboten. Die Neuregelung werde nun von einer breiten Mehrheit unterstützt. Was sei wichtiger: dieses Grundrecht oder die Unannehmlichkeit, beim Rauchen vor die Tür zu gehen?

Wenn bei einer Demonstration Leute dabei seien, die man nicht haben wolle, könne man häufig nicht viel dagegen tun, antwortete **Kai Schmalenbach** (PIRATEN). Insgesamt sei die Veranstaltung gegen das aktuelle Nichtraucherchutzgesetz friedlich und farbenfroh verlaufen. Er selbst halte allerdings eine grundsätzliche Ablehnung der Neuregelung für ebenso falsch wie das dort propagierte Totalverbot. Man hätte das seit 2008 bestehende Gesetz nur an den Stellen ändern sollen, an denen es notwendig gewesen sei. Insbesondere kritisierte Schmalenbach, die Neuregelung habe einige Geschäftsmodelle eliminiert, die nur auf Rauchende ausgerichtet gewesen seien.

Es müsse am Ende nicht jeder Gastronom mit einem gesundheitsgefährdenden Geschäftsmodell bestehen können, verteidigte **Gesundheitsministerin Barbara Steffens** (GRÜNE) die Neuregelung des Nichtraucherchutzes. Gesundheit sei schließlich das höchste Gut eines Menschen. Daher hätten viele Länder ein konsequentes Nichtraucherchutzgesetz erlassen. Steffens wandte sich gegen einen Freiheitsbegriff, der die Möglichkeit zur Zerstörung der Gesundheit zum Beispiel von Passivrauchenden beinhalte. Außerdem könne man die Auswirkungen eines Gesetzes nicht schon nach einem Monat abschätzen. Daher schlug sie vor, in einem Jahr eine erneute inhaltliche Debatte zu führen. *cw*



Forsa-Umfrage

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen lieben ihr Land und stehen zur Demokratie, das Interesse an Landespolitik und Landtag ist allerdings ausbaufähig: Zu diesen Ergebnissen kommt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrags des Landtags. Für Landtagspräsidentin Carina Gödecke ist die Umfrage eine Grundlage für Diskussionen und daraus folgende Maßnahmen, mit denen das NRW-Parlament in seiner Arbeitsweise sowie in seiner Beziehung zu den Bürgerinnen und Bürgern gestärkt werden soll. Die Ergebnisse stellte sie zusammen mit Institutsleiter Prof. Dr. Manfred Güllner (l.) vor. Foto: Schälte



Fahrspaß oder Sicherheit?

Debatte über Tempolimit auf Autobahnen

15. Mai 2013 – Tempo 120 auf deutschen Autobahnen, das war das Thema einer Aktuellen Stunde im Landtag. Die FDP-Fraktion hatte die Aussprache beantragt, um zu erfahren, wie die Landesregierung zu dieser Forderung des SPD-Bundesvorsitzenden steht. Von der Verkehrssicherheit über Umweltfragen bis hin zum Spaß am schnellen Fahren kamen viele Aspekte zur Sprache. Die Fraktionen zogen unterschiedliche Zahlen und Statistiken heran. Nur: Der Landtag könnte selbst wenn er wollte, gar kein Tempolimit beschließen. Das ist Bundesangelegenheit.

Fotos: Schälte

Ein starres Tempolimit erhöhe nicht die Verkehrssicherheit, argumentierte **Christof Rasche** (FDP). Flexible und digital gesteuerte Limits, wie es sie bereits heute auf gefährlichen Autobahnstrecken gebe, eigneten sich besser. Nur zwei Prozent der Unfälle auf Autobahnen hierzulande seien einem unangepassten Tempo geschuldet, erklärte Rasche. Länder mit Tempolimits schnitten da schlechter ab. Einen Beitrag zur Verkehrssicherheit sah der Abgeordnete darin, Schilder nur dort aufzustellen, wo Autofahrerinnen und Autofahrer sie auch akzeptierten. Auch der Umwelt nutze ein Tempolimit wenig. Wichtiger sei es in diesem Zusammenhang, Staus zu vermeiden, also Strecken auszubauen.

Die Ministerpräsidentin habe bereits vor mehr als einem Jahr klargestellt, dass sie ein generelles Tempolimit nicht für sinnvoll halte, erklärte **Jochen Ott** (SPD). Es laufe aber ein Modellversuch im östlichen Ruhrgebiet, um wissenschaftlich auszuwerten, welche Auswirkungen ein allgemeines Tempolimit auf die Verkehrssicherheit, auf die Lärmbelastung, auf die Luftqualität und auf den Verkehrsfluss habe. Auf vielen Au-

tobahnabschnitten gebe es bereits sehr sinnvolle Tempolimits, weil dort Sicherheit, Lärm, Luft und Verkehrsfluss dies erforderten.

„Wir wollen einen differenzierten Umgang mit diesem Thema. Wir wollen eine dynamische Verkehrssteuerung“, bekräftigte der Abgeordnete.

In Deutschland gebe es die sichersten Autobahnen weltweit, erklärte **Bernhard Schemmer** (CDU). Zwar würden 32 Prozent aller Kraftfahrzeugkilometer auf Autobahnen gefahren, aber nur etwa zwölf Prozent der tödlichen Verkehrsunfälle geschähen auf Autobahnen. Bei den Verunglückten seien es sogar nur sieben Prozent und bei Unfällen mit Personenschäden nur 6,2 Prozent, also unterdurchschnittlich viele. „Die schlichte Gleichung Tempolimit gleich Verkehrssicherheit gilt so also nicht“, folgerte er. Stattdessen ereigneten sich 60 Prozent der Unfälle mit Todesfolge auf tempolimitierten Landstraßen. Daher das Fazit des Abgeordneten: Neubau, Ausbau, ein verbessertes Verkehrsnetz.

„Thema verfehlt“, kommentierte **Arndt Klocke** (GRÜNE) den Antrag der FDP-Fraktion. Schließlich sei ein generelles Tempolimit eine bundespolitische Frage. Der Abgeordnete zog

Zahlen des statistischen Jahrbuchs heran: Knapp 50 Prozent der schweren Unfälle passierten auf Autobahnen, davon resultierten 42 Prozent aus zu hoher Geschwindigkeit. Und 70 Prozent der Unfälle mit Todesfolge ereigneten sich auf Autobahnstrecken ohne Geschwindigkeitsbeschränkung. Daher sah Klocke in der Sicherheit das Hauptargument für ein Tempolimit, nicht etwa im ökologischen Nutzen. Dieser schlage aber mit einer zehnprozentigen CO₂-Reduzierung als wünschenswerter Nebeneffekt zu Buche.

Es gebe kein Grundrecht auf schnelles Fahren, aber es mache vielen Spaß, meinte **Oliver Bayer** (PIRATEN). Seiner Fraktion gehe es darum, die Autofahrerinnen und -fahrer nicht zu gängeln, ihnen aber Anreize zu schaffen, um auf Bus, Bahn oder Rad umzusteigen. Wer schnell fahren wolle, solle dies tun, aber wie bei vielen teuren Hobbys eben auf eigene Kosten. Deshalb sah der Abgeordnete in höheren Spritpreisen einen geeigneten Weg, um die Kosten für die Verkehrsinfrastruktur gerecht zu verteilen. Mit Rücksicht auf die Sicherheit sprach sich Bayer für flexible Tempolimits je nach Situation und Wetterlage aus. „Weniger Holzhammer, mehr Schraubendreher“ war sein Fazit.

Ein generelles Tempolimit liege weder in der Zuständigkeit der Landesregierung noch in deren Zielsetzung, erklärte **Verkehrsminister Michael Groschek** (SPD). Ihre Priorität sei, den Reparaturstau abzubauen. Gefährlich werde es auf Autobahnen eher in Staubereichen, weswegen es darum gehe, den Verkehr besser zu lenken. Vor diesem Hintergrund widersprach der Minister den Neubau-Forderungen und plädierte dafür, stattdessen Engpässe zu beseitigen und das Verkehrsnetz zu erhalten. In diesem Zusammenhang nannte er den geplanten Rhein-Ruhr-Express als wichtigen Bestandteil: Dieser Sorge für 30.000 weniger Autos auf den Straßen – weniger Stau, mehr Sicherheit, so Groschek.

SOW



Christof Rasche (FDP)

Jochen Ott (SPD)

Bernhard Schemmer (CDU)

Arndt Klocke (GRÜNE)

Oliver Bayer (PIRATEN)

Verkehrsminister Michael Groschek (SPD)



(Un)Sicheres NRW: Landtag diskutiert Kriminalitätsstatistik

CDU bemängelt im Antrag geringe Aufklärungsquote

16. Mai 2013 – Wie unsicher ist NRW tatsächlich? Darüber haben die Abgeordneten in einer Aktuellen Stunde beraten. Basis war ein Antrag der CDU, in dem die Fraktion die Entwicklung im Land als besorgniserregend bezeichnet. Eine entsprechende Polizeistatistik hatte das Bundesinnenministerium am Vortag veröffentlicht. Insbesondere SPD und GRÜNE zweifeln deren Aussagekraft jedoch an, da sie die Zahl der Delikte ins Verhältnis zur Einwohnerzahl setzt. Wie viele Menschen sich aber von außerhalb in den einzelnen Städten bewegten, bleibe völlig unberücksichtigt.



Foto: Schälte

„Tatsächlich und leider ist NRW in Deutschland weiterhin das Flächenland mit der höchsten Kriminalitätsrate“, befand **Peter Biesenbach** (CDU) und verwies auf die Zahl von 1,5 Millionen Straftaten in der Polizeistatistik für das Jahr 2012. Auf 100.000 Einwohner im Land entfielen demnach 8.510 Delikte, in Bayern etwa liege die Zahl lediglich bei 4.977, führte der CDU-Sprecher an. Insgesamt sei die Kriminalität in NRW laut Statistik im vergangenen Jahr fünfmal so stark angestiegen wie im Bundesdurchschnitt. Auch mit der Aufklärungsquote von 49,1 Prozent gehöre NRW zu den Schlusslichtern, kritisierte Biesenbach. Es fehle an Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Ermittlungsarbeit.

Die Statistik sei in den vergangenen 25 Stunden so zerrissen worden, wie er es selten in der Bun-

desrepublik erlebt habe, entgegnete **Thomas Stotko** (SPD). Sie vergleiche Äpfel mit Birnen und berücksichtige die Verhältnisse vor Ort nur unzureichend. Stattdessen nutze sie die Einwohnerzahl als Bezugsgröße, ohne dabei den Pendler oder die Touristin einzubeziehen, kritisierte der Abgeordnete. Folglich entpuppten sich Frankfurt und der Vatikan als Horte des Verbrechens. „Münster ist der Spitzenreiter bei Fahrraddiebstählen – wen wundert es?“, fragte Stotko. Insgesamt schloss er sich daher dem Urteil einiger Fachleute an, die das Werk als „Unstatistik des Monats“ bezeichnet hatten.

„Auf den innenpolitischen Dauerbaustellen herrscht seitens der Landesregierung Stillstand“, kritisierte **Marc Lürbke** (FDP). Ob Baden-Württemberg, Bayern oder Hessen: Alle diese

Länder seien bei der Aufklärungsquote besser als NRW. Lürbke gestand zwar zu, dass über die Aussagekraft der Statistik trefflich zu streiten sei. Allerdings, so merkte er an, basierten die landeseigenen Zahlenwerke ebenfalls auf den nun von SPD und GRÜNEN infrage gestellten Häufigkeitszahlen. Lürbke forderte Rot-Grün daher auf, sich nicht gegen unangenehme Statistiken, sondern gegen die Kriminalität zur Wehr zu setzen: „Es geht darum, NRW tatsächlich und nicht nur auf dem Papier sicherer zu machen.“

Die Zahl der Straftaten ins Verhältnis zur Einwohnerzahl zu setzen, verzerre die Wirklichkeit, bemängelte auch **Monika Düker** (GRÜNE). So bewegten sich in dem nach der Statistik schlecht abschneidenden Düsseldorf jährlich rund 1,4 Millionen Messebesucher, 20 Millionen Fluggäste sowie täglich rund 300.000 Pendlerinnen und Pendler. Dies finde keine Berücksichtigung. Traditionell lande NRW im Ranking relativ weit oben – hier gebe es aber auch die meisten Großstädte, erläuterte Düker. Unabhängig davon bestehe Handlungsbedarf insbesondere bei der Einbruchs- und Computerkriminalität. Doch sei die CDU angesichts ihrer „unwürdigen Statistiktricks“ nicht wirklich an der Sache interessiert.

Es sei richtig und wichtig, über die Ursachen von Kriminalität zu sprechen, sagte **Frank Herrmann** (PIRATEN). Dies gelte ebenso für die Folgen, die die Opfer zu tragen hätten. Zu keinem dieser Punkte treffe die Statistik allerdings eine Aussage. Insgesamt konzentrierte sich Herrmann in seiner Rede auf die Aussagekraft des vom Bundesinnenministerium vorgelegten Zahlenwerks und empfahl, dieses auch wegen dahinterstehender Interessen mit Vorsicht zu genießen. Immerhin diene die Statistik den beteiligten Behörden quasi als Arbeitsnachweis, so Herrmann. Zudem dürfe man nicht vergessen, dass es sich bei der Statistik lediglich um eine „Annäherung an die Realität“ handele.

Mit ihren „unredlichen Zahlenspielchen“ trügen Teile der Opposition dazu bei, das gute Ansehen der Polizei in NRW zu diskreditieren, reagierte **Innenminister Ralf Jäger** (SPD) vor allem auf die Redebeiträge von CDU und FDP. Wer Äpfel mit Birnen vergleiche, können nur zu falschen Ergebnissen kommen. „Glauben Sie doch wenigstens Ihrem eigenen Bundesinnenminister“, mahnte Jäger. Dieser habe ausdrücklich betont, dass die Zahlen keinen umfassenden Vergleich der Kriminalitätsbelastung zwischen unterschiedlichen Städten und Ländern zuließen. Gleichzeitig verwies Jäger auf sinkende Tatzahlen insbesondere bei der Jugendgewalt. Programme wie „Kurve kriegen“ zeigten ihre Wirkung.

bra

Ein echtes Wahlrecht setze eine Förderschule in erreichbarer Nähe voraus, argumentierte **Petra Vogt** (CDU). Der außerhalb des Gesetzes zu regelnden Größenverordnung für diese Schulen komme deshalb eine so große Bedeutung zu, weil sie ein massives Sterben von Förderschulen bedeuten könne – nämlich dann, wenn sie bei Unterschreitung der Mindestschülerzahl eine Schließung der Schule vorschreibe. Vogt forderte die Schulministerin daher auf: „Schaffen Sie Transparenz für alle Beteiligten im Hinblick auf die künftige Struktur unseres Förderschulwesens in Nordrhein-Westfalen!“

Yvonne Gebauer (FDP) ging noch einen Schritt weiter. „Der Gesetzentwurf sieht eine massive

Viel Lärm um eine Verordnung

Die Opposition sorgt sich um die Zukunft der Förderschulen

15. Mai 2013 – Das Ziel der Inklusion unterschreiben alle Fraktionen im Landtag. Gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung in der Regelschule soll per Gesetz möglich werden, wo immer die betroffenen Eltern sich dies wünschen. Schrittweise sollen sie ein Wahlrecht für ihre Kinder bekommen: Regelschule oder Förderschule. Die Opposition betont, für ein solches Wahlrecht müsse es weiterhin genügend Förderschulen geben, und fürchtet, dass die Landesregierung dies unterlaufen könnte. Stein des Anstoßes ist eine noch nicht bekannte Verordnung, die eine höhere Mindestschülerzahl für Förderschulen vorschreiben könnte. Zwar steht eine Expertenanhörung zum Gesetzentwurf an (Seite 14), die Verordnung soll dort aber außen vor bleiben. CDU, FDP und PIRATEN fordern in einem Eilantrag (Drs. 16/2933) deshalb: Fakten auf den Tisch.



Yvonne Gebauer (FDP)



Monika Pieper (PIRATEN)



Renate Hendricks (SPD)



Gudrun Zentis (GRÜNE)

Schließungswelle von Förderschulen vor“, sagte sie und kritisierte, dass die Ministerin der Öffentlichkeit mögliche Änderungen an einem bereits veröffentlichten Verordnungsentwurf vorenthalte. Auch die kommunalen Spitzenverbände sahen in der Verordnung ein wichtiges Steuerungsinstrument bei der Inklusion. Die Ministerin selbst habe immer wieder die Bedeutung von Transparenz im ganzen Prozess betont. Nun müsse sie auch Wort halten, anstatt ein „Katz-und-Maus-Spiel“ zu veranstalten.

Ohne die Rahmenbedingungen zu kennen, könnten die Sachverständigen bei der Anhörung kaum abschätzen, wie sich im nächsten oder übernächsten Jahr die Schullandschaft vor Ort verändern werde, gab **Monika Pieper** (PIRATEN) zu bedenken. Eine ergebnisoffene Diskussion, die die Ministerin versprochen habe, setze viele Informationen voraus. „Ohne diese Informationen ist es so, als käufe man eine schön dekorierte Kiste, ohne deren Inhalt zu kennen“, argumentierte die Abgeordnete. Die Landesregierung dürfe das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Inklusionsprozess nicht aufs Spiel setzen.

Es sei klar gewesen, dass der Verordnungsentwurf zu den Schulgrößen nicht Bestandteil der Anhörung sein würde, erklärte **Renate Hendricks** (SPD). Die Verordnung existiere seit 30 Jahren und sei immer beim Ministerium angesiedelt gewesen. Sie entspreche aber noch dem alten Schulverwaltungsgesetz. Derzeit stimme sich das

Ministerium für die Neufassung der Verordnung mit den Kommunen ab. „Es ist immer schwierig, wenn man an der Entstehung nicht unmittelbar beteiligt ist“, erklärte sie sich die „Unruhe der Opposition“ und beschwichtigte: „Wir gehen in ein geordnetes Verfahren der Gesetzgebung.“

„Hier hat in der Tat eine Schwalbe einen ganzen Sommer lang geschlafen“, kommentierte **Gudrun Zentis** (GRÜNE) die Tatsache, dass die Verordnung bisher nie grundlegend überarbeitet worden sei. Auch habe die Schulaufsichtsbehörde bislang nicht eingegriffen, wenn die Schülerzahl über längere Zeit unterschritten worden sei. Das Ministerium überarbeite die Verordnung nun direkt mit den Betroffenen: den kommunalen Spitzenverbänden. Zeitnah zum Beschluss des Gesetzentwurfs solle sie dann vorliegen. Zudem solle die Mindestgröße einer Schule keinen Einfluss auf die bestmögliche Bildung der Kinder haben.

Schulministerin **Sylvia Löhrmann** (GRÜNE) wies den Vorwurf der Intransparenz zurück. Im Gegenteil habe sie den Entwurf der Verordnung einer sehr breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zahlreiche Stellungnahmen lägen vor, Gespräche mit den Kommunen seien noch nicht ausgewertet, Gespräche mit Behindertenvereinen folgten noch, erklärte Löhrmann. Sobald all dies ausgewertet sei, werde sie das Parlament selbstverständlich informieren. Der Respekt vor dem Gesetzgeber gebiete es, nicht vor Ende des Gesetzgebungsverfahrens eine neue Verordnung zu erlassen, unterstrich die Ministerin. sow

Abgelehnt

Der Eilantrag (Drs. 16/2933) wurde mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN abgelehnt.

Am Rednerpult: Petra Vogt (CDU), im Hintergrund: Schulministerin Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Fotos: Schälte



Zwei Fliegen mit einer Klappe

Dem Fachkräftemangel begegnen und zugewanderte Menschen wertschätzen: Breite Zustimmung für das Anerkennungsgesetz

15. Mai 2013 – Viele Branchen klagen über zunehmenden Fachkräftemangel. – Viele Menschen mit ausländischen Wurzeln klagen über mangelnde Anerkennung. Die Landesregierung möchte eine Brücke schlagen, um beide Probleme gleichermaßen anzugehen. Sie hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der es Menschen mit im Ausland erworbenen Qualifikationen leichter machen soll, diese hier anerkennen zu lassen (Drs. 16/1188). Das Gesetz soll für 165 landesrechtlich geregelte Berufe gelten, darunter den des Ingenieurs, des Architekten und des Erziehers.

„Wir schaffen zum einen die Grundlage, um in Zeiten eines wachsenden Fachkräftemangels ausländische Qualifikationen besser nutzen zu können, zum anderen geben wir den Menschen mit Migrationshintergrund die Anerkennung, die sie verdienen“, warb Daniela Jansen (SPD) für den Gesetzentwurf. Mithilfe einer umfassenden Beratungsinfrastruktur sollten alle Menschen die Chance bekommen, ihre Qualifikationen angemessen begutachten zu lassen. Und wenn

kennung ausländischer Berufsabschlüsse nicht zulasten der Qualität gehen.

Jutta Velte (GRÜNE) sprach von der Signalwirkung, die der Gesetzentwurf mit sich bringe, indem die Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten wertgeschätzt würden. „Es ist in keiner Weise einzusehen, dass sich eine ausländische Ingenieurin in Deutschland ein Taschengeld als Reinigungskraft verdienen muss,

Qualitätsverluste mit sich bringen könne. Anders als in anderen Berufen, in denen Arbeitskräfte zunächst eine Probezeit absolvierten, gehe es im Arztberuf von Anfang an um Leib und Leben.

Für seine Fraktion stehe die angestrebte Willkommenskultur an erster Stelle, erklärte Torsten Sommer (PIRATEN). Verbesserungsbedarf sah er beim Gesetzentwurf für diejenigen, die noch nicht zugewandert seien. Für sie hätte man einen Rechtsanspruch auf Ansprechpersonen in den Ausländerbehörden festschreiben können, meinte Sommer. Er forderte Fachgesetze für alle Berufe, damit Bildungsmaßstäbe vergleichbar seien und das derzeit hohe Fachniveau erhalten bleibe. Hierzu sprach er sich für bundesweit einheitliche Vorgaben aus. Gleichwertige Ausbildungen und Abschlüsse seien lebenswichtig, nicht nur im Arztberuf, sondern auch etwa bei der Baustatik.

„Die Qualität des deutschen Berufswesens – das unterstreiche ich noch einmal ganz dick – tasten wir nicht an“, sagte Arbeitsminister Guntram Schneider



Fotos: Schälte

Daniela Jansen (SPD)

Matthias Kerkhoff (CDU)

Jutta Velte (GRÜNE)

Ulrich Alda (FDP)

Torsten Sommer (PIRATEN)

Arbeitsminister
Guntram Schneider (SPD)

nur ein Zeugnis oder ein Baustein zur Anerkennung fehle, sollten Nachqualifizierungen helfen, meinte Jansen. An beidem, Beratung und Anpassungsqualifikation, müsse der Bund sich finanziell beteiligen.

Auch Matthias Kerkhoff (CDU) sah im Gesetzentwurf einen wichtigen Baustein zur Sicherung des Fachkräftebedarfs – neben einer stärkeren Beteiligung von Frauen und älteren Menschen im Arbeitsmarkt. Mit dem Gesetzentwurf setze die Landesregierung ein Bundesgesetz um, und der Landtag sende die Botschaft an viele tausend Menschen im Land: „Wir brauchen Euch.“ Es sei egal, ob der Ausbildungsort am Bosphorus oder am Baldeneysee liege. Verbunden sei mit einem Anerkennungsgesetz für viele auch die Chance auf sozialen Aufstieg. Allerdings, mahnte Kerkhoff, dürfe die Aner-

wo sie doch eigentlich als Ingenieurin dringend gebraucht wird“, unterstrich die Abgeordnete. In Deutschland, wo formale Qualifikationen besonders wichtig genommen würden, gelte es nun, Berufserfahrung, Wissen und Können stärker bei der Anerkennung zu berücksichtigen. Dies sehe ein Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf vor, erklärte Velte.

„Wir müssen für qualifizierte Zuwanderung attraktiver werden“, meinte auch Ulrich Alda (FDP) und forderte einen Rechtsanspruch auf Beratung für die Arbeitskräfte. Aber seine Fraktion, ebenso wie CDU und PIRATEN, erachte es für sinnvoll, den Arztberuf aus dem Gesetz auszuklammern. Schließlich dürften die Betroffenen selbst über einen Anpassungslehrgang oder eine Eignungsprüfung entscheiden, was wegen wesentlicher Unterschiede in der Weiterbildung

(SPD). Gerade beim Arztberuf habe man es sich nicht leicht gemacht und intensiv mit den Ärztekammern diskutiert. Die Patientensicherheit dürfe in keiner Weise gefährdet werden, betonte der Minister. Aber auch Bildungssysteme in anderen Staaten brächten gutes medizinisches Fachpersonal hervor. Deshalb müssten qualifizierte Arbeitskräfte mit jahrelanger Berufserfahrung keine volle Prüfung mehr absolvieren, sondern nur die fehlenden Inhalte nachholen und sich entsprechend prüfen lassen. sow

Einstimmig

Der Landtag hat den Gesetzentwurf (Drs. 16/1188) einstimmig angenommen. Zwei Änderungsanträge der Piratenfraktion (Drs. 16/2978) und der FDP (Drs. 16/2975) fanden keine Mehrheit.



Ein Klick zu viel

Landtag debattiert über die Gleichbehandlung von Internetinhalten

16. Mai 2013 – Bisher gilt im Internet die sogenannte Netzneutralität: Alle Inhalte, die der Nutzer aufruft, werden gleich schnell durchs Netz geleitet und auf den Bildschirm gebracht. Nun aber hat die Telekom für Neukunden ihre Tarife umgestellt und bietet für Neuverträge anstelle von Flatrates, mit denen die Kundinnen und Kunden zu einem Festpreis unbegrenzt durchs Internet surfen können, Volumentarife an, bei denen für eine bestimmte Datenmenge bezahlt wird. Ist diese Datenmenge aufgebraucht, soll die Geschwindigkeit verringert werden, mit der die Internetinhalte auf dem Bildschirm landen. Kompliziert wird es, wenn trotz langsamen Datenflusses die eigenen Inhalte des Unternehmens oder von Partnern weiterhin mit der vollen Geschwindigkeit durchgelassen werden. Dann hat es mit der Neutralität im Netz ein Ende, da sind sich alle Landtagsfraktionen einig. SPD und GRÜNE haben ebenso wie die PIRATEN einen Antrag vorgelegt, der das Problem thematisiert (Drs. 16/2888 bzw. Drs. 16/2892). Was also tun?

Alexander Vogt (SPD) veranschaulichte seine Befürchtung: Man stelle sich vor, alle Straßen gehörten einem Unternehmen und dieses bestimme, nur die Autos einer bestimmten Marke dürften schnell fahren; alle anderen lediglich Schrittgeschwindigkeit. Das sei ebenso diskriminierend wie das Vorhaben der Telekom, bei gedrosselter Internetgeschwindigkeit eigene und Partner-Inhalte schnell durchzuleiten. Da die Bundesregierung nichts unternehme, um die Netzneutralität zu schützen, müsse eine Bundesratsinitiative im Sinne von Meinungsvielfalt und gleichberechtigtem Zugang nachhelfen.

Es gehe nicht allein um die Tarifreform der Telekom, sagte Matthi Bolte (GRÜNE). Es gelte, die jetzt aufgetretene Situation für die Zukunft unbedingt auszuschließen. Deshalb sei es dringend notwendig, eine Garantie der Netzneutralität im Telekommunikationsgesetz des Bundes festzuschreiben. Ohne eine solche gesetzliche Garantie drohe ein Zwei-Klassen-Internet und ernste Gefahr für die Meinungs- und Medienvielfalt im digitalen Zeitalter. Von der Netzneutralität profitierten im Übrigen auch innovative Unternehmen – wegen eines fairen Wettbewerbs und freier Marktzugänge.

„Die Freiheit des Internets steht auf dem Spiel“, warnte Daniel Schwerd (PIRATEN). Daher forderte

er, das Recht auf netzneutralen Internetzugang in der Verfassung zu verankern. Weil bei einer Drosselung der normale Aufbau einer Seite Minuten dauere, sei damit der Netzzugang funktional kaputt. Das sei, als ob der Stromanbieter einen Vertrag mit RTL II abschließe. Bei anderen Fernsehsendern werde dann nach 30 Stunden der Strom abgedreht. Nur finanzstarke Konzerne könnten sich von der Drosselung freikaufen. Darin sah der Abgeordnete einen Einstieg in das Zwei-Klassen-Internet.

„Im Ziel sind wir uns zu 100 Prozent einig. Netzneutralität ist unverzichtbar für mediale Vielfalt und journalistische Chancengleichheit“, sagte Torsten Schick (CDU). Appelle an die Bundesregierung seien jedoch nicht nötig. Es gebe auf Bundesebene bereits einen Instrumentenkoffer, um die kritikwürdigen Bestrebungen der Telekom, die zu massiven Wettbewerbsverzerrungen führen könnten, auszubremsen. Die Landesregierung solle sich lieber darauf konzentrieren, mit den in NRW ansässigen Telekommunikationsunternehmen in einen engen Dialog zu treten, forderte der Abgeordnete.

Die Bundesregierung habe sich dazu bekannt, die Netzneutralität zu wahren, und den Grundsatz, dies zu gewährleisten, im Telekommunikationsgesetz verankert, erklärte Thomas Nüchel

(FDP). Natürlich gebe es Diskussionen, welche Wege zur Netzneutralität führten. Mit Blick auf die gesellschaftspolitische Dimension der Debatte riet er zur Besonnenheit. Darüber hinaus gelte es, den Datenschutz zu beachten. Die Frage der Abrechnung der verschiedenen Datenpakete müsse dringend überprüft werden. „Wie weit muss dazu der Internetkonsum des Einzelnen überwacht werden?“, fragte Nüchel.

„Wir gehen davon aus, dass eine gute gesellschaftliche, aber auch wirtschaftliche Entwicklung Netzneutralität braucht“, unterstrich auch Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD). Er bedauerte, dass bei der letzten Neufassung des Telekommunikationsgesetzes auf eine klare Stellungnahme zur Netzneutralität verzichtet worden sei. Der Minister hoffte, dass sich im Laufe der weiteren Beratung eine gemeinsame Position der Fraktionen finden lasse, die sich dann aber in der Gesetzgebung des Bundes widerspiegeln müsse. Ansonsten nütze das Bekenntnis zur Netzneutralität nichts. sow

Fachberatung

Der Landtag hat beide Anträge (Drs. 16/2888 und Drs. 16/2892) zur Fachberatung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen. Der Wirtschaftsausschuss soll mitberatend tätig werden.



Foto: Schälte

Blick hinter die Kulissen

Werden Sie Teil des Landtags – Sie werden überrascht sein!

Juni 2013 – Unmittelbar am Rhein steht in Düsseldorf der Landtag. Waren Sie schon einmal drin? Wenn nicht, ist das Landtagsjubiläum ein guter Grund, durch seine Drehtür am Eingang zu treten und Teil dessen zu werden, was der nordrhein-westfälische Landtag ist: das Haus der Bürgerinnen und Bürger. Ganz egal, ob Sie dabei sein wollen, wenn ein Gesetz entsteht, ob Ihre Kinder einmal selbst am Rednerpult stehen möchten oder ob Sie kunstbegeistert sind: Sie werden staunen.

Haben Sie auch schon einmal die Zeitung aufgeschlagen, von einem neuen Gesetz gelesen, sich gefreut oder geärgert und sich gefragt, wie es dazu kommen konnte? Wir möchten Sie einladen, sich das einmal näher anzusehen, denn ein Gesetz entsteht nicht von heute auf morgen. Für und Wider werden abgewogen, manchmal in hitzigen Diskussionen, Sachverständige werden befragt, wieder werden Argumente ausgetauscht. Selten wird ein Gesetzesentwurf so beschlossen, wie er am Anfang auf dem Papier stand.

Apropos Papier: Wussten Sie, dass so gut wie alle Parlamentspapiere öffentlich zugänglich sind? Wenn Sie keine Lust haben, am Bildschirm zu recherchieren, sind sie in der Bibliothek des Landtags herzlich willkommen, um vor Ort einen Blick in die entsprechenden Dokumente zu werfen. Die Infothek ist Ihnen gerne dabei behilflich, das, was Sie suchen, zu finden und alles, was um den Beratungsgegenstand herum noch interessant sein könnte.

Oder seien Sie live dabei: Auf der Besuchertribüne des Plenarsaals ist ein Platz für Sie reserviert. Melden Sie sich beim Besucherdienst an (Tel. 0211 884-2955, besucherdienst@landtag.nrw.de), kommen Sie allein, in Begleitung oder gleich mit einer ganzen Gruppe, um bei den Plenardebatten dabei zu sein, sich selbst

ein Bild davon zu machen, wie die Abgeordneten der einzelnen Fraktionen zu einem Gesetzesentwurf oder zu einem Antrag stehen. Sogar für die Kleinen gibt es Besuchsprogramme: Regelmäßig entdecken Grundschul-Kniprse, wie toll es sich anfühlt, auf den Stühlen der richtigen Abgeordneten zu sitzen.

Nachdem die Vollversammlung erstmals über die politischen Fragen beraten hat, werden viele davon zur Detailberatung in den zuständigen Fachausschuss überwiesen. Selbstverständlich sind auch die Ausschusssitzungen öffentlich. Auch hier stehen Plätze für Gäste bereit, die die Debatten im Ausschuss verfolgen möchten.

Sie fragen sich, wie wohl Betroffene oder Fachleute zu einem politischen Vorhaben stehen? Das geht den Abgeordneten genauso. Deshalb sind Sachverständigenanhörungen im Fachausschuss keine Seltenheit. Die Anhörungen sind spannend und selbstverständlich öffentlich. Scheuen Sie sich also nicht, persönlich vorbeizukommen und sich anzuhören, was Vereine, Verbände, Wissenschaft, Wirtschaft, Kirchen oder Kommunen zu politischen Vorhaben zu sagen haben. In der Folge werten die Abgeordneten im Fachausschuss die Expertenanhörung aus. Das können Sie live oder von zu Hause aus mitverfolgen.

Sie finden alle Protokolle der Plenar- und Ausschusssitzungen wie auch die Stellungnahmen der Sachverständigen im Internetangebot des Landtags unter www.landtag.nrw.de.

Es gibt natürlich auch andere gute Gründe, den Landtag zu besuchen: Seine faszinierende Architektur, ein sichtbar gewordenes Prinzip aus Diskurs und Transparenz, hell und lichtdurchflutet, ist allemal einen Ausflug wert. Architektur- und Kunstbegeisterte kommen voll auf ihre Kosten, wenn sie zwischen Landtagsrestaurant und Plenarsaal die unterschiedlichsten Kunstwerke, Malereien, Grafiken, Skulpturen, Brunnen und vieles mehr entdecken. Nicht umsonst ist der Landtag alljährlich Teil der Düsseldorfer Nacht der Museen. Bis zur nächsten Nacht der Museen müssen Sie aber nicht warten. Lassen Sie sich bei Tageslicht von der Schönheit des Parlamentsgebäudes mit all seinen Schätzen begeistern. Übrigens: Der Landtag öffnet von Frühjahr bis Herbst auch an vielen Sonntagen seine Türen.

NÄHER DRAN

Kommen Sie näher. Was innerhalb der Sandstein-Mauern des Parlaments geschieht, ist kein Geheimnis. Es ist Ihr gutes Recht zu erfahren, wie die Landespolitik funktioniert und wie ein Thema in ein Gesetz gegossen wird. Kommen Sie in den Landtag. Dann wissen Sie, wie es dazu kam, wer am ehesten Ihre Meinung vertritt, und Sie wissen, was morgen in der Zeitung steht. Und vielleicht schlagen Sie diese dann auf, und hinter Ihnen krakeelt jemand: „Papa, da war ich schon!“ SOW

Neue Wege

„Parlamentarismus und Bürgerbeteiligung in der modernen Informationsgesellschaft“ war auch Thema der gemeinsamen Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, des Deutschen Bundestags, des Bundesrates und des Südtiroler Landtags Anfang Juni 2013. Die Akteure betonten, dass sich moderne Parlamente nicht der technischen Entwicklung und den Herausforderungen der digitalen Welt verschließen können und dürfen. Denn neue Wege der Information und Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern stärken die Kultur der Offenheit und Transparenz. Die Parlamente sollten die Chancen der technischen Entwicklung ergreifen und die Instrumente der modernen Informationsgesellschaft zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie nutzen.



Tage der offenen Tür

Das Präsidium lädt Sie in den Landtag ein



Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

vor 25 Jahren bezog der Landtag Nordrhein-Westfalen das neue Parlamentsgebäude am Düsseldorf Rheinufer. Dank seiner außergewöhnlichen Architektur ist das Haus des Landtags ein unverwechselbares Symbol für die Demokratie in unserem Land. Seine kreisrunde Form betont den gleichberechtigten Austausch von Meinungen und politischen Positionen, und seine transparente Ausgestaltung unterstreicht den Anspruch

Weit über die Tage der offenen Tür hinaus bietet Ihnen unser Parlament zahlreiche Möglichkeiten, sich über die Debatten und parlamentarischen Entscheidungen in der Landespolitik zu informieren, sei es über „klassische“ Medienangebote wie diese Parlamentszeitschrift oder über elektronische Kanäle wie die Internetseiten des Landtags (www.landtag.nrw.de), über die Sie zum Beispiel die Plenarsitzungen per Webcam live mitverfolgen, sich Parlamentspapiere herunterladen und mehr über einen Besuch im

Umso mehr werden sich die parlamentarischen Akteurinnen und Akteure auch weiterhin dafür einsetzen, den direkten Kontakt zu Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, zu suchen und zu fördern, zum Beispiel über Veranstaltungen im Haus des Landtags, über Schulbesuche des Landtagspräsidiums oder Besuche in den unterschiedlichen Regionen unseres Landes.



Carina Gödecke (SPD)
Präsidentin des Landtags



Eckhard Uhlenberg (CDU)
Erster Vizepräsident



Oliver Keymis (GRÜNE)
Zweiter Vizepräsident



Dr. Gerhard Papke (FDP)
Dritter Vizepräsident



Daniel Dünkel (PIRATEN)
Vierter Vizepräsident

zu einer offenen, nachvollziehbaren und damit öffentlich kontrollierbaren Parlamentsarbeit.

Wie Ihr Landesparlament arbeitet, welche Abgeordneten Sie im Landtag Nordrhein-Westfalen vertreten und welche unterschiedlichen Wege der Information über die Landespolitik Ihnen offenstehen, das können Sie an den Tagen der offenen Tür am Samstag und Sonntag, 6. und 7. Juli 2013, erfahren.

Die 237 gewählten Abgeordneten, die fünf Fraktionen im Parlament und die Referate der Landtagsverwaltung freuen sich darauf, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Hierzu laden wir Sie herzlich ein und würden uns persönlich sehr freuen, Sie im Haus der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens begrüßen zu dürfen.

Landtag erfahren können. Wir laden Sie ein, diese Informationsangebote über unser Parlament ebenso zu nutzen und weiterzuempfehlen.

Jüngst hat der Landtag Nordrhein-Westfalen eine repräsentative Befragung zum Bild der Landespolitik und des Landtags in der Bevölkerung in Auftrag gegeben. Dabei kam unter anderem heraus, dass die Landespolitik nicht so ausgeprägt wahrgenommen wird wie die Bundes- und Kommunalpolitik.

Diesem Ergebnis steht die ermutigende Erkenntnis aus der Umfrage gegenüber, dass sich insbesondere der persönliche Besuch im Haus des Landtags und das Erleben der Parlamentsarbeit positiv auf die Einstellungen in der Bevölkerung zum Landtag Nordrhein-Westfalen auswirken.

Schon heute sind jährlich rund 70.000 Besucherinnen und Besucher im Landtag Nordrhein-Westfalen zu Gast, darunter viele junge Menschen, die Einblicke in den parlamentarischen Alltag der Abgeordneten erhalten und dabei anschaulich erfahren, wie die demokratisch legitimierte und öffentlich kontrollierte Willensbildung und Entscheidungsfindung funktioniert. Auch Sie sind hierzu herzlich eingeladen, denn die Türen des Landtags stehen Ihnen offen, nicht ausschließlich, aber in einem ganz besonderen Rahmen am Wochenende des 6. und 7. Juli 2013.

Herzlich willkommen in Ihrem Parlament!

Das Präsidium des Landtags Nordrhein-Westfalen





Laufende Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/3248	Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit, PIRATEN	Innenausschuss	1. Lesung 19.6.2013
16/3206	Änderung des Krebsregistergesetzes, LR	Sozialausschuss	1. Lesung 19.6.2013
16/2977	Änderung des Ausführungsgesetz zum Flurbereinigungsgesetz, LR	Umweltausschuss	1. Lesung 19.6.2013
16/2897	Änderung des Abgeordnetengesetzes, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung
16/2885	Gesetz zur chancengleichen Ausgestaltung der Errichtungsbedingungen und Teilstandortbildung von allgemeinbildenden weiterführenden Schulformen, FDP	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Anhörung beantragt
16/2880	Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 sowie Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Ausschuss (abschließend) 4.7.2013
16/2723	Änderung des Bestattungsgesetzes, LR	Arbeitsausschuss	Anhörung 26.6.2013
16/2722	Änderung des Stärkungspaktgesetzes, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 5.7.2013
16/2652	Änderung sparkassenrechtlicher Vorschriften, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Anhörung 25.6.2013 Ausschuss 4.7.2013

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/2556	Errichtung des Landesamtes für Finanzen und Änderung weiterer Gesetze, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Ausschussberatung 4.7.2013
16/2432	Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen, LR	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Weiterberatung im September
16/2336	Entpolitisierung der Polizei, FDP	Innenausschuss	Sachverständigengespräch geplant
16/2287	Einführung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 Verwaltungsgerichtsordnung, FDP	Rechtsausschuss	Anhörung 3.7.2013
16/2279	Schutz und Pflege der Denkmäler in NRW, SPD/GRÜNE	Bauausschuss	Ausschussberatung bis Juliplenium
16/2124	Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge, CDU	Kommunalausschuss	Anhörung geplant
16/2097	Änderung des Landesforstgesetzes, SPD, GRÜNE	Umweltausschuss	in Beratung
16/1255	Stärkung der Wissenschaftsautonomie, PIRATEN	Wissenschaftsausschuss	in Beratung
16/1167	Änderung des Feuerwehrschatzes und der Hilfeleistung, CDU – Kinderfeuerwehren –	Innenausschuss	2. Lesung ausgesetzt bis zum nächsten Plenum
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung – aktuell im Plenum entschieden

Drucksache	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/3194	Neuntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes	SPD, CDU, GRÜNE, FDP, PIRATEN	1. Lesung 20.6.2013 2. Lesung 20.6.2013	angenommen
16/2256	Änderung des Polizeigesetzes des Landes NRW und des Polizeiorganisationsgesetzes	Landesregierung	1. Lesung 20.3.2013 2. Lesung 20.6.2013	angenommen
16/2255	Änderung des Ausführungsgesetzes des Landes NRW zum Zensusgesetz 2011	Landesregierung	1. Lesung 20.3.2013 2. Lesung 15.5.2013	angenommen
16/2148	Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in NRW	Landesregierung	1. Lesung 22.3.2013 2. Lesung 19.6.2013	angenommen
16/2135	Änderung des Gesetzes über die Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz	PIRATEN	1. Lesung 27.2.2013 2. Lesung 19.6.2013	zurückgezogen
16/1625	Dienstrechtsanpassungsgesetz für NRW	Landesregierung	1. Lesung 13.12.2012 2. Lesung 15.5.2013	angenommen
16/1188	Anerkennungsgesetz	Landesregierung	1. Lesung 8.11.2012 2. Lesung 15.5.2013	angenommen
16/177	Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine	Landesregierung	1. Lesung 13.9.2012 2. Lesung 19.6.2013	angenommen
16/120	Kommunalwahlgesetz	PIRATEN	1. Lesung 4.7.2012 2. Lesung 20.6.2013	abgelehnt

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.



Bessere Bürgerbeteiligung

Zukunftsforum wirft Fragen auf: „Darf der Staatsbeamte twittern?“

Foto: Meyer

17. Mai 2013 – Mit den neuen Möglichkeiten zu Information und Beteiligung beschäftigte sich ein Zukunftsforum von Landtag und Landesregierung. Dabei ging es um die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten, vor allem aber um ein Umdenken und einen Kulturwandel hinsichtlich der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger.

„Wie weit sind wir bereit, sie in die Vorgänge staatlichen und parlamentarischen Handelns nicht nur Einblick nehmen zu lassen, sondern sie einzubinden, um Teil der Verwaltung, Organisation und Willensbildung des Landes zu sein?“, diese Frage stellte Parlamentspräsidentin Carina Gödecke mit Blick auf die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Sie betonte deren Wunsch nach mehr Einbeziehung in die Verwaltung des Staates. Daher setze auch der Landtag NRW über sein vielfältiges Informationsangebot in gedruckter und digitaler Form auf transparentes Parlamentshandeln. Gödecke hob aber auch hervor, dass nie alle Menschen dieselbe digitale Kompetenz besitzen würden. Digitale Bürgerbeteiligung sei ein zusätzliches Element der Transparenz und Mitwirkung, könne aber die repräsentative Demokratie und die Formen demokratischer Entscheidung und Kontrolle nicht ersetzen.

Im Plenarsaal des Landtags, der „Herzkammer der Demokratie“, trat auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft für mehr Beteiligung und Transparenz ein. Vor diesem Hintergrund sah Kraft die bewährten demokratischen Entscheidungsverfahren des 21. Jahrhunderts nicht als der Weisheit letzten Schluss. So wertete Kraft ergänzende Online-Dialoge als gute Sensoren für die Belange der Bürgerinnen und Bürger. Notwendig sei jetzt eine nachhaltige Open-Government-Strategie; diese werde von einer Projektgruppe „opennrw“ erarbeitet. Die Eckpunkte seien bereits im Internet nachzulesen, um frühzeitig eine breite Diskussion zu ermöglichen. Kraft strebt eine aktive Beteiligung aller Interessierten und einen Dialog

auf Augenhöhe an. Auch die Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern mit der Verwaltung müsse offener und transparenter werden.

Innenminister Ralf Jäger betonte, die Bürgerinnen und Bürger wollten politische Entscheidungen begreifen und mitgestalten. Wichtig sei, die Informationen so aufzubereiten, dass die Menschen sie verstehen und bewerten könnten. Franz-Josef Lersch-Mense, Leiter der Staatskanzlei, regte eine verstärkte Nutzung von Online-Konsultationen an. Ein Transparenzgesetz solle diese neue Verwaltungskultur sicherstellen.

INFORMATIONSFREIHEIT

Prof. Dr. Jörn von Lucke (Zeppelin Universität Friedrichshafen) verwies auf vorhandene „Datenschätze“, die zugänglich gemacht werden müssten, auch um neue Geschäftsmodelle zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die notwendige Daten- und Informationsfreiheit bedeute jedenfalls eine Abkehr von heutigen Verfahrensabläufen. Die Bürgerinnen und Bürger stünden vor der Herausforderung, sich mit den Themen auch auseinanderzusetzen. Für Menschen, die das Internet nicht nutzten, könnten Beratungsstellen oder Call Center sinnvoll sein, die dann die Meinungsäußerungen digital aufnehmen könnten.

„Open Data“ bedeute die Bereitstellung von Daten, die von Behörden erhoben würden, erläuterte Stefan Gehrke (Verein Open Data Network). So könnten Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsprozessen teilhaben. Die

Grenzen der Offenheit lägen dabei bei personenbezogenen Daten und vertraulichen Informationen, ergänzte Geraldine de Bastion (Projektmanagerin, Newthinking Communications). So müsse auch nicht jede interne E-Mail der Verwaltung veröffentlicht werden. Allerdings falle Deutschland bei dem ganzen Themenkomplex international gesehen durch eine Blockadehaltung auf.

Neue Kommunikationsformen eröffneten auch Möglichkeiten eines besseren Austauschs innerhalb der Verwaltung, so Gehrke. „Darf der Staatsbeamte twittern?“, verwies er allerdings auch auf Grenzen, die sich aus heutigen Verwaltungshierarchien im Hinblick auf soziale Medien ergäben. Verstärkte Bürgerbeteiligung sei in jedem Fall eine Chance gegen Politikverdrossenheit, wandte sich Stefan Gehrke an die Abgeordneten.

Obwohl bereits heute fast alle Ausschusssitzungen und viele Beratungsunterlagen öffentlich zugänglich seien, forderten die Landtagsabgeordneten Alexander Vogt (SPD), Thorsten Schick (CDU), Matthi Bolte (GRÜNE), Dirk Wedel (FDP) und Frank Herrmann (PIRATEN) mehr Offenheit im Parlamentsbetrieb, vor allem bei der Beratung von Gesetzesvorhaben. Bürgerinnen und Bürger bei politischen Vorhaben mitzunehmen, gehöre zu den Aufgaben eines Parlaments, betonten die Volksvertreter. Die heutige Holschuld mit Blick auf politische Informationen müsse in eine Bringschuld umgewandelt werden. Allerdings dürfe eine solche Offenheit nicht mit dem Grundrechts- und Datenschutz kollidieren. Daher sei über Chancen und Grenzen der neuen Möglichkeiten zu diskutieren. *cw*



AUSSCHÜSSE

Inklusionsgesetz: Gegenwind und Bedenken

Fachleute fordern mehr Geld und kleinere Klassen

5./6. Juni 2013 – Über 100 Sachverständige, 600 Seiten Stellungnahmen und mehr als zwölf Stunden Diskussion vor den Augen von gleich vier Ausschüssen: Das ist die Statistik einer zweitägigen Anhörung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Schulen (Drs. 16/2432). Die Abgeordneten hörten nun Vertreterinnen und Vertreter der Schulen, Eltern- und Lehrerschaft sowie der Sozialverbände, Gewerkschaften und Wissenschaft.

Foto: Schälte

Der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 16/2432) sieht für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf ab dem Schuljahr 2014/2015 einen schrittweisen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Regelschule vor. Dass die Inklusion umgesetzt werden muss, bezweifelte in der Anhörung keiner der Fachleute. Damit dies aber auch gelinge, seien mehr Geld, mehr Lehrkräfte, bessere Fortbildung und kleinere Klassen nötig. Der Gesetzentwurf war vielen Sachverständigen zu ungenau und lückenhaft.

Wenn die Landesregierung bei ihrer Position bleibe, den Kommunen keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, würden diese klagen, so die kommunalen Spitzenverbände. Nach deren Ansicht greift das Konnexitätsprinzip, wonach das Land für einen Ausgleich sorgen muss, wenn den Städten und Gemeinden zusätzliche Aufgaben übertragen werden. Beim Städte- und Gemeindebund NRW sprach man von einem „grundlegenden Dissens“, während der Städtetag sogar die gesamte Inklusi-

on in Gefahr sah. Unterstützung erhielten die Verbände vom Kölner Staatsrechtler Prof. Dr. Wolfram Höfling. Er bezeichnete es als einen „untauglichen und verfassungswidrigen Versuch“, die Konnexität zu leugnen. Die Landesregierung nehme sehenden Auges das Scheitern der Inklusion in Kauf, so Höfling. Durch den behindertengerechten Umbau von Schulen befürchteten die Kommunen millionenteure Mehrkosten.

Auch aus den Reihen der Lehrgewerkschaften wurden Forderungen an die Politik gerichtet. So müssten die Klassen deutlich kleiner werden, und es müsse mehr für die Fortbildung der Pädagogen getan werden, so die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Dorothea Schäfer. In dem Entwurf fehlten notwendige Qualitätsstandards für inklusiven Unterricht. Viele Lehrkräfte hätten zudem Sorge, dass sie nicht genügend Unterstützung für den Umgang mit behinderten Kindern erhielten. Es sei unverantwortlich, den

Inklusionsprozess zu beginnen, ohne ein ausreichendes Fortbildungsangebot zu schaffen, sagte Peter Silbernagel vom Philologenverband NRW. Dass die Weiterbildung an den Universitäten vorbei ohne wissenschaftliche Kompetenz erfolge, kritisierte der Pädagogikprofessor Clemens Hillenbrand. Viele Fachleute, darunter auch Vertreter des Verbandes Bildung und Erziehung, bezeichneten eine Doppelbesetzung inklusiver Klassen mit zwei Lehrkräften sowie maximal 24 Kindern pro Klasse als unerlässlich.

Zu einem Streitfall unter den Sachverständigen entwickelte sich die Frage, ob die Inklusion auf alle Schulformen anwendbar sei. Anlass waren die Aussagen seitens der Rheinischen und Westfälisch-Lippischen Direktorenvereinigungen, wonach in Gymnasien aufgrund des „besonderen Bildungsauftrages“ Mehrfachbehinderte oder sozial und emotional gestörte Kinder nicht zielfähig, also mit unterschiedlichen Richtlinien, unterrichtet werden könnten. Demgegenüber warnte Eva-Maria Thoms vom Kölner Elternverein Mittendrin vor einer Abschottung der Gymnasien. Ein Vertreter der Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen wies darauf hin, dass an diesen Schulen schon seit Langem mit unterschiedlichen Lernzielen gearbeitet und das Abitur trotzdem angeboten werde.

FÖRDERSYSTEM

Auch darüber, was aus den Hunderten Förderschulen im Land werde, wenn immer mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf eine allgemeinbildende Schule gingen, herrschte unter den Fachleuten eine geteilte Meinung. Während die Organisation Lehrer NRW keine Notwendigkeit für eine Beseitigung des Fördersystems erkannte, sprachen sich der Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen“ und der Bildungsforscher Klaus Klemm für eine Überführung sämtlicher Ressourcen von den Förder- an die Regelschulen aus. Als Gegenargument dazu wurde immer wieder angeführt, dass je nach Behinderung nicht alle Kinder auf eine allgemeine Schule gehen könnten und dennoch ein angemessenes Schulangebot für sie geschaffen werden müsse. Viele Sachverständige forderten zudem, dass nicht nur die Eltern, sondern auch Schulen einen Antrag auf Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs stellen können müssten.

Nachdem der Start des Inklusionsgesetzes bereits auf das kommende Jahr verschoben wurde, plädierten einige Fachleute nun für eine weitere zeitliche Streckung. „Was andere Länder in 30, 40 Jahren geschafft haben, gelingt bei uns nicht in drei Jahren“, sagte Prof. Dr. Christian Huber von der Universität Köln. Allen Beteiligten müsse der Druck genommen werden, so dass aus einer Revolution eine Evolution werde.

Christian Wolf



Reparaturen bei laufendem Motor

Anhörung zu Länderfinanzausgleich – Politische Lösung gefordert

13. Juni 2013 – Vor dem Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 müsse eine Debatte über die künftige Gestaltung des Länderfinanzausgleichs geführt werden, meint die CDU. Zu ihrem Antrag (Drs.16/1911) lud der Haushalts- und Finanzausschuss nun Fachleute zu einer Anhörung.

Auch zukünftig könne es nicht Ziel des Länderfinanzausgleichs (LFA) sein, die finanzielle Ausstattung der Länder vollständig zu nivellieren, schreibt die CDU in ihrem Antrag. Heute werde besonders gute Steuerkraft mit zunehmender Schärfe bestraft. Mit Blick auf das Nehmerland Berlin fordert die CDU verstärkte Hilfen vom Bund, um die anderen Länder finanziell zu entlasten. Eine neue Föderalismuskommission soll die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern erörtern und dabei auch Fragen zu einer Gemeindefinanzreform, den Pensionsverpflichtungen der Länder sowie dem Abbau bestehender Altschulden und Zinslasten beantworten, fordert die Fraktion.

Man sei zwar noch im Prozess der Meinungsbildung, wolle aber an der Diskussion teilnehmen, dankte Stefan Anton vom Städtetag für die Einladung. Immerhin hätten sich in den letzten Jahren einige Rahmenbedingungen geändert. So hätten Städte in Sachen Infrastruktur keine höheren Ausgaben mehr als der ländliche Raum. Früher seien Ausgaben mit Wachstum verbunden gewesen, heute mit Nicht-Wachstum und Strukturwandel, betonte Anton. Die Internationalisierung von Wirtschaftsstrukturen führe zu kaum steuerbaren Folgen für kommunale Haushalte. Gleiches gelte für die gestiegene Mobilität der Bürgerinnen und Bürger, die sich auf die Verteilung des Verkehrs, der Unternehmen und der Steuerzahlungen auswirke. Dies alles stelle neue Herausforderungen an das Finanzsystem. Die Letztverantwortung für die Finanzausstattung der Kommunen liege bei den Ländern. Daher seien die kommunalen Finanzbedarfe auch in den Länderfinanzausgleich einzubeziehen, meinte Anton.

Der gegenwärtige bundesstaatliche Finanzausgleich sei nicht so schlecht wie sein Ruf, sagte Prof. Henning Tappe von der Universität Osnabrück. Es sei unnötig, das bestehende System komplett umzubauen, Verbesserungen im Detail seien hingegen sinnvoll. Streitfällig sei vor allem der Länderfinanzausgleich im engeren Sinne, da er bei den Geberländern zu echten „Verlusten“ führe. Vor dem Hintergrund des grundgesetzlichen Gebots eines Ausgleichs der „unterschiedlichen Finanzkraft der Länder“ sei zum Beispiel zu erörtern, ob die Finanzkraft nur die Steuern oder auch sonstige Einnahmen umfasse. Außerdem stelle sich die Frage, inwiefern Finanzbedarfe zu berücksichtigen seien. Auch Tappe sprach sich für eine Föderalismusreform III aus. Mit Blick auf die Berlin-Frage warnte er allerdings, ein Ersetzen der jetzigen Länderfinanzierung durch Bundesmittel könne zu einer Schwächung der Länder insgesamt führen, da der Bund die so entstehenden Mehrausgaben auf Kosten aller Länder gegenfinanzieren müsse. Es sei sinnvoller, die Ursachen anzugehen, die überwiegend in der früheren „Insellage“ liegen dürften.

ABHÄNGIGKEITEN

Entscheidungen von Bund, Ländern oder Gemeinden hingen voneinander ab und beeinflussten sich gegenseitig, erläuterte Prof. Thiess Büttner (Universität Nürnberg). Eine sorgfältige Ausgestaltung der dezentralen Kompetenzen sowie des Finanzausgleichssystems könne mögliche Fehlentwicklungen ausgleichen und die Leistungsfähigkeit des föderalen Systems ver-

bessern. Allerdings dürfe sich dann der Finanzausgleich nicht leistungsfeindlich auswirken und Zugewinne nahezu vollständig abschöpfen. Daher stimmte Büttner der CDU-Forderung zu, den heutigen linear-progressiven Ausgleichstarif abzuschwächen. Auch müsse die finanzpolitische Eigenverantwortung der Länder gestärkt werden. Es sei im Sinne der Demokratie notwendig, dass Bürgerinnen und Bürger unterschiedliche regionale Politiken vergleichen könnten. Auch mit Blick auf die kommunale Ebene unterstrich Büttner die Autonomie der Gemeinden. Die volle Einbeziehung der Steuerkraft der Kommunen in den Finanzausgleich führe hingegen dazu, dass die Länder auch die Finanzpolitik der Gemeinden mit ausgestalten.

Die frühere Stetigkeit in der Entwicklung der öffentlichen Finanzen sei einer unbekanntem Schnelligkeit gewichen, stellte Prof. Stefan Koriath (Universität München) fest. Dies bedinge eine verstärkte Vorsorge, um – wenn nötig – schnell handeln zu können. Daher sei es wünschenswert, dass die Länder hinsichtlich der zukünftigen Struktur des Finanzausgleichs zu einem gemeinsamen Standpunkt kämen. Solange aber Bayern und Hessen vor dem Bundesverfassungsgericht klagten, werde die politische Diskussion über diese Frage wohl lahmgelegt – auch wenn es notwendig sei, über eine Neuverteilung von Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen zwischen Bund und Ländern nachzudenken sowie das Problem der Altschulden zu lösen, wandte sich Koriath gegen ein völlig neues Modell. Viele wichtige Reformen ließen sich durch „Reparaturen bei laufendem Motor“ durchführen.

cw

Foto: Schälte



Aus den Fraktionen

RRX und Betuwe-Linie: Zentrale Schienenverkehrsprojekte für NRW

Das verkehrspolitische Engagement von SPD-Fraktion und Landesregierung für zwei zentrale Schienenverkehrsprojekte in NRW zahlt sich endlich aus: Der Rhein-Ruhr-Express – kurz RRX – wird kommen. Und auch der Ausbau der sogenannten Betuwe-Linie auf deutscher Seite rückt näher. Ab Arnheim reichen die derzeit nur zwei Gleise schon lange nicht mehr für den wachsenden Containerverkehr von den holländischen Seehäfen aus. Das dritte Gleis auf deutscher Seite und ein zeitgemäßer Lärmschutz an der Strecke sind schon länger dringend notwendig.

„Das sind wichtige Meilensteine für die Verbesserung unserer Schieneninfrastruktur. Der Dank hierfür gilt insbesondere Verkehrsminister Groschek, der mit viel Verhandlungsgeschick bei Bundesregierung und Deutscher

Bahn den Bedarf von NRW durchsetzen konnte“, freut sich Jochen Ott (Foto), stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Auch er selbst hatte immer wieder darauf gedrungen, dass der Bund seine finanzielle Verantwortung für die beiden zentralen NRW-Schienenverkehrsprojekte wahrnimmt.

Mit dem RRX werden Millionen Pendler schneller und komfortabler durch die Metropolregion an Rhein und Ruhr kommen. Insgesamt sind sechs RRX-Linien geplant: zwei im Halbstunden-Takt zwischen Düsseldorf und Oberhausen, vier im Viertel-Stunden-Takt zwischen Köln und Dortmund. Auch dafür müssen vor allem neue Gleise verlegt werden. Das macht den Löwenanteil an den veranschlag-



ten Kosten von rund 2 Milliarden Euro aus. Der Ausbau der Betuwe-Linie, die ihren Namen dem niederländischen Landstrich verdankt, den sie durchquert, wird mit rund 1,6 Milliarden Euro zu Buche schlagen.

Ohne die notwendigen Finanzzusagen aus Berlin wären beide Projekte nicht zu stemmen. Die ausstehenden Vereinbarungen zwischen dem

Bund, der Deutschen Bahn und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen sind in Abstimmung und sollen in Kürze unterzeichnet werden. ■



CDU-Initiative „Wir wollen den Arzt vor Ort“

Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich mit einer Initiative „Wir wollen den Arzt vor Ort“ dafür ein, dass die ortsnahe, allgemeinmedizinische Versorgung in Nordrhein-Westfalen zukünftig sichergestellt ist.

Der demografische Rückgang der Bevölkerung hat schwerwiegende Folgen für die Lage im ländlichen Raum. Er wirkt sich besonders auf die hausärztliche Versorgung aus. Die CDU-Fraktion hat das Thema mit ihrem Antrag „Hausärztliche Versorgung in allen Landesteilen sicherstellen“ (Drs. 16/3232) auf die landespolitische Agenda gesetzt.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende, Karl-Josef Laumann (Foto), sieht insbesondere im ländlichen Raum die wichtige hausärztliche Ver-



sorgung gefährdet: „Es ist wichtig, gerade für junge Ärzte und Ärztinnen die Arbeit in ländlichen Regionen attraktiv und wirtschaftlich zu halten. Rot-Grün ist aufgefordert, dafür Anreize zu schaffen. Der Landarzt darf nicht aussterben. In einigen Gegenden in Nordrhein-Westfalen sehen wir bereits, dass die flächendeckende medizinische Versorgung dünner wird. Zum Teil müssen schon heute lange Wege zurückgelegt werden, um die nächste Praxis zu erreichen. Das ist besonders für ältere Patienten oft ein Problem.“

Die rot-grüne Landesregierung, insbesondere die Gesundheitsministerin, war bisher untätig. „Es gilt daher, frühzeitig und gemeinsam mit allen Akteuren Konzepte zu entwickeln,

um die gute ärztliche Versorgung auch weiterhin gewährleisten zu können“, so Laumann. Die Landesregierung ist in der Pflicht, die flächendeckende Hausärzterversorgung zu gewährleisten – speziell im ländlichen Raum, aber auch in unterversorgten Ballungsräumen.

„Der absehbare Ärztemangel liegt nicht am fehlenden Interesse der jungen Menschen am Medizinstudium. Wir bilden einfach zu wenig aus, da die Studienplätze in Nordrhein-Westfalen nicht zur Verfügung stehen. Das muss geändert werden“, kritisiert Laumann abschließend. ■





Ikone der Umweltbewegung zu Gast

Vandana Shiva, Trägerin des alternativen Nobelpreises, hat die GRÜNEN im Landtag besucht. Die Ikone der Umwelt- und Frauenbewegung

diskutierte mit der Fraktion über Landwirtschaft, Klimawandel und Frauenpolitik. Die Öko-Feministin engagiert sich nicht nur in ihrer

Heimat Indien, sondern auch in Europa und Südamerika. Bei ihrem Besuch in Deutschland warb sie für ihre „Allianz für freies Saatgut“. Vandana Shiva: „Gentechnik ist ein falsches Versprechen zu einem hohen Preis. Die Bauern sind zu Sklaven der Gentechnik gemacht worden.“

Politisch regte sie unter anderem dazu an, die Themen Frauen und Ökologie stärker zusammenzudenken. Denn weltweit sind mehr Frauen in der Landwirtschaft tätig als Männer, und Frauen sind oft für die Ernährung ihrer Familien zuständig. Von ihrem Besuch im Landtag nahm die prominente Öko-Feministin unter anderem mit, dass sich Nordrhein-Westfalen als eines der ersten Länder der Europäischen Konferenz der gentechnikfreien Regionen angeschlossen hat. Ihre Worte zum Abschied dieser spannenden Begegnung: „Es gibt viel zu tun – lasst es uns gemeinsam angehen.“



Busen: FDP will Tiere vor Mähmaschinen schützen

Jedes Jahr sterben während der Erntezeit in Nordrhein-Westfalen tausende Wildtiere auf Feldern und Wiesen durch Mähmaschinen. Seriöse Schätzungen gehen von bundesweit über 100.000 kleinen Rehkitzten und 400.000 weiteren Wildtieren aus. „Darunter sind viele gefährdete Arten, die auf der roten Liste stehen. Diese Verluste gefährden die Artenvielfalt und sind auch ethisch nicht zu vertreten“, betont der landwirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Karlheinz Busen (Foto). Die FDP-Fraktion hat nun eine Initiative gestartet, um das millionenfache Sterben von Rehkitzten, Hasenjungen, Igel und vielen anderen Tieren durch Mähmaschinen zu beenden und die Landwirte bei ihren bestehenden Schutzbemühungen zu unterstützen.

„Der technische Fortschritt auf dem Acker hat zu einem Ungleichgewicht zulasten unserer

Wildtiere geführt. Mähmaschinen werden immer größer und schneller. Gerade Jungtiere haben keine Chance mehr, sich vor den schnell drehenden Messern der Erntegiganten in Sicherheit zu bringen“, beklagt Busen. Insbesondere Jungtiere verharren aufgrund ihres Instinktes reglos am Boden, statt vor der Gefahr zu fliehen. So werden die Tiere für die Landwirte beinahe unsichtbar.

„Wir möchten, dass der grausame Tod durch Mähmaschinen bestmöglich verhindert wird. Und es gibt preisgünstige Möglichkeiten, um die Zahl der getöteten Tiere zu verringern“, sagt Busen. Akustische Wildretter, seit Jahren in der Praxis erfolgreich erprobt, könnten vielfach Tieren das Leben retten. Durch einen extrem



lauten Signalton, der direkt in den Fahrweg der Maschine und damit auf die noch zu schneidende Fläche gerichtet ist, wird ein Fluchtimpuls auslöst. „Als Bausatz sind diese Geräte für unter 15 Euro zu bekommen. Bei Preisen von bis zu 300.000 Euro für eine moderne Mähmaschine ist ein serienmäßiger Einbau der Wildretter bezahlbar und unerlässlich.“

Die FDP fordert die Landesregierung auf, dafür zu sorgen, dass solche akustische Wildretter flächendeckend eingesetzt werden.



NRW braucht ein Transparenzgesetz

„Wieso, weshalb, warum? Wer nicht fragt, bleibt dumm!“ Dieses Motto könnte für das Informationsfreiheitsgesetz in Nordrhein-Westfalen gelten. Das Konzept einer Fernsehsendung für Vorschulkinder ist uns in der Politik jedoch zu wenig. Deshalb haben wir den Entwurf für ein Transparenzgesetz eingereicht.

„Um politische Entscheidungen nachvollziehen zu können, brauchen die Bürger alle zugrunde liegenden Informationen. Derzeit sind Regierungen und Behörden lediglich verpflichtet, auf Anfrage Auskunft zu geben“, erklärt Michele Marsching (Foto), Abgeordneter der Piratenfraktion im Landtag NRW. „Wir wollen hier einen Richtungswechsel. Das Transparenzgesetz soll Regierungen und Behörden ver-



Foto: Knipschildt

pfllichten, alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen von sich aus zu veröffentlichen, solange keine Rechte Dritter entgegenstehen.“

Wir wünschen uns ausdrücklich die weitere Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen und den zahlreichen Initiativen für mehr Transparenz in NRW. Wenn wir alle Ansätze bündeln, können wir das

bestmögliche Ergebnis für die Bürger finden. Im Gegensatz zur Regierung wollen wir allerdings, dass nicht nur auf Landesebene Daten offengelegt werden. Unsere Aktion „Ich will's wissen!“, mit der wir unsere Initiative für ein Transparenzgesetz begleiten, zeigt: Das Informationsbedürfnis der Menschen ist breit gefächert. Es reicht von konkreten Nachfragen zum

Kölner U-Bahn-Bau, über die Hintergründe der Staatsverschuldung, bis hin zu den Einflussnahmen diverser Lobbyisten im Land.

„Wir setzen uns für ein Gesetz ein, das die Kommunen einbezieht und sämtliche mit Steuermitteln finanzierten Informationen offenlegt. Das umfasst die Vergabe von Fördermitteln und Baugenehmigungen ebenso wie Mietspiegel oder behördeninterne Gutachten“, erläutert Marsching. „Alle öffentlichen Stellen müssen die Bürger so mit Wissen versorgen, dass Fragen nach wieso, weshalb, warum gar nicht erst aufkommen.“



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



AUSSCHÜSSE



Foto: Schälte

Verluste in Höhe eines Einfamilienhauses

Fachleute: Gestaffelte Anhebung der Beamtenbesoldung verfassungswidrig

18. Juni 2013 – Seit Wochen protestieren die Beamtinnen und Beamten im Land gegen die Pläne der Landesregierung, Abstriche bei der Anpassung der Besoldung vorzunehmen. Der vehemente Widerstand hat nun auch den Landtag erreicht. In einer Anhörung des Unterausschusses Personal sowie des Kommunalausschusses haben sich 20 von 21 Fachleuten gegen den Entwurf des Besoldungs- und Versorgungsgesetzes 2013/2014 (Drs. 16/2880) ausgesprochen.

Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen, verschiedener Gewerkschaften sowie Verfassungsrechtler appellierten an die Landesabgeordneten und forderten unisono einen Stopp des Verfahrens. Lediglich vom Bund der Steuerzahler kam Unterstützung.

Der Gesetzentwurf sieht eine gestaffelte Erhöhung der Beamtenbesoldung vor. Während bis zur Besoldungsgruppe A10 der Tarifabschluss für die Angestellten im öffentlichen Dienst mit 5,6 Prozent mehr Geld bis 2014 komplett übernommen werden soll, ist für zwei mittlere Gruppen nur eine leichte Erhöhung vorgesehen. Für die oberen Dienstgruppen ab A13 sind zwei Nullrunden geplant. Begründet werden die Abstriche mit der Haushaltslage und der Schuldenbremse ab 2020.

VERFASSUNGSGEMÄSS?

Genau diese Argumentation wurde aus den Reihen der Sachverständigen scharf kritisiert. Der Berliner Rechtswissenschaftler Prof. Ulrich Battis erkannte „keine verfassungsrechtlich haltbare Begründung“ für den Ausschluss bestimmter Gruppen von der Lohnentwicklung. „Ich habe es nicht für möglich gehalten, dass man so naiv einen Gesetzentwurf begründet“, sagte Battis und warnte vor einem „offenen Rechtsbruch“. Nach Einschätzung des Würzburger Verwaltungsrechtlers Prof. Kyrill-A. Schwarz wäre die schlechte Finanzlage nur ein Grund, wenn es in NRW einen Staatsnotstand wie in Teilen Südeuropas gäbe.

Auch Vertreter der kommunalen Spitzenverbände stuften die Pläne als verfassungswidrig ein. Die angespannte Finanzlage des Landes rechtfertige aus juristischer Sicht nicht

die Abkopplung von der Einkommensentwicklung, sagte Manfred Wichmann vom Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen. Der vorliegende Entwurf verstoße gegen den Alimentationsgrundsatz und somit gegen das Grundgesetz. Immer wieder führten Sachverständige das Beispiel Schleswig-Holstein an, wo eine vergleichbare Regelung vom wissenschaftlichen Dienst des Landtages abgelehnt und mittlerweile auch verworfen wurde. Vertreter des Verbandes Bildung und Erziehung sowie der Vereinigung der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter kündigten Klagen an.

Nicht nur der Inhalt, sondern auch das Zustandekommen des Gesetzentwurfes wurde heftig kritisiert. Bevor die geplante Staffelung im März präsentiert wurde, habe es keine Gespräche mit den Kommunalvertretern gegeben, sagte Marco Kuhn vom Landkreistag NRW. Stattdessen sei man „vor vollendete Tatsachen“ gestellt worden. Der NRW-Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Andreas Meyer-Lauber, sprach von einem „Affront gegen die Beamten“ und nannte die beabsichtigte soziale Staffelung „reine Rhetorik“. Die Gewerkschaft der Polizei forderte einen „ernstgemeinten Dialog“ mit der Landesregierung.

BEAMTE ALS „SPARSCHWEINE“?

Dass viele Beamtinnen und Beamte durch die gestaffelte Anpassung einen Beitrag zum Haushaltsausgleich leisten sollen, hielten viele Sachverständige für ungerechtfertigt. Sie wiesen darauf, dass in den vergangenen Jahren schon zahlreiche Einbußen in der Beamtenschaft vorgenommen worden seien. „Sie fühlen sich als Sparschweine“, sagte Dorothea Schäfer von der

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Während die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi vor einer Spaltung in der Beamtenschaft warnte, sahen andere Redner eine zunehmende Demotivation der Beamten. „Dieser Gesetzentwurf hat mit Wertschätzung unserer Arbeit nichts zu tun“, brachte Wilhelm Schröder die Meinung vom Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW auf den Punkt. Auch die Attraktivität des Beamtenjobs gegenüber der freien Wirtschaft sahen Sachverständige durch den Gesetzentwurf beschädigt. Der dbb Beamtenebund warnte vor einer langanhaltenden Auseinandersetzung und mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl in diesem und die Kommunalwahlen im kommenden Jahr vor negativen Auswirkungen für das rot-grüne Lager.

EINZIGE ZUSTIMMUNG

Das einzige Lob für die Pläne kam vom Bund der Steuerzahler. Dessen Vertreter Eberhard Kanski sprach von einem „wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung“ und verwies auf Einsparungen in Höhe von 710 Millionen Euro durch die Staffelung. Alternativen seien ein Beförderungsstopp, eine Ausweitung der Arbeitszeit oder der Abbau von Stellen. Sollten die Tarifierhöhungen komplett auf alle Beamten übertragen werden, sei die Einhaltung der Schuldenbremse in Gefahr. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf bekenne sich die Politik hingegen zum „ernsthaften Sparkurs“. Dem hielt Manfred Lehmann von der Steuer-Gewerkschaft entgegen, dass die ausbleibende Tarifierhöhung auf lange Sicht für so manche Beamten einen Verlust in Höhe eines Einfamilienhauses bedeuten könne.

Christian Wolf



Im Interview: Dr. Joachim Paul (PIRATEN)



Herr Paul, Anfang Juni sind Sie als Fraktionschef wiedergewählt worden. Glückwunsch dazu – aber: Warum mussten Sie sich überhaupt in Ihrem Amt bestätigen lassen?

Dahinter steckt eine Piraten-Strategie der Vor-sicht. Wir sind 2012 zum ersten Mal in den Landtag gewählt worden, kannten uns nur aus dem Wahlkampf. Nach einem Jahr sollte die Fraktion deshalb bewerten, ob's mit dem Vor-stand klappt. Schließlich kann jemand ein toller Wahlkämpfer sein und sich trotzdem in seiner neuen Rolle als Fraktionsvorstand als nicht ganz funktionsfähig entpuppen.

Und im kommenden Jahr steht diese Bestätigung erneut an?

Unsere Satzung sieht eine jährliche Wahl des Fraktionsvorstands vor. Das mag unserer etablierten Konkurrenz ungewöhnlich vorkommen. Trotzdem halte ich eine solche Bestätigung im Amt für durchaus sinnvoll. Unseren unorthodoxen Charme werden wir behalten – und auch die Fehler, die dazu gehören.

Welche Fehler?

Wir haben in der Partei bisher zu viele Personaldebatten und zu wenige inhaltliche Diskussionen geführt. Reibungspunkte gibt es aber auch in der Fraktion immer wieder. Wir versuchen, die in kreative politische Energie umzusetzen. Aber das fällt nicht so leicht, wie wir uns das vorgestellt haben. Da hat uns die Realität eingeholt.

Inwiefern?

Wir haben schmerzhaft Erfahrungen mit den Medien machen müssen. Natürlich haben die Piraten einige weniger schöne Nachrichten geliefert ...

... die Dortmunder Abgeordnete Birgit Rydlewski hat im Internet Details ihres Sexuallebens ausbreitet, und der Krefelder Dietmar Schulz hat ausgerechnet am Holocaust-Gedenktag Twitter-Meldungen abgesetzt, die viele als antisemitisch aufgefasst haben.

Was natürlich nicht so gemeint war. Mit dem Einzug von 20 Piraten in den größten Landtag der Bundesrepublik sind viele einfach hellhörig geworden. Schließlich könnte sich das Parteiensystem in Deutschland insgesamt verschieben. Deshalb stehen wir zwangsläufig unter genauer Beobachtung. Das ist der mediale Gegenwind, den wir aushalten müssen. Da steht unsere Fraktion in der Beweisspflicht der politischen Leistungsfähigkeit.

Davon ist derzeit nicht viel zu sehen. Den Wiedereinzug in den Landtag würden Sie aktuell nicht schaffen: In NRW liegen die Piraten irgendwo zwischen zwei und drei Prozent.

Wir sind als Partei von vielen Medien aufgeblasen worden – und jetzt versucht man, uns die Luft rauszulassen. Der Hype mit Stimmenanteilen von 13 oder 14 Prozent war genauso überzogen wie die zwei bis drei Prozent jetzt.

Bis zur Bundestagswahl sind es nur noch drei Monate. Wie wollen Sie aus diesem Stimmungstief herauskommen?

Wir setzen natürlich stark auf die neuen Medien, auf Social Media im Internet. Aber auch im Straßenwahlkampf sind wir richtig gut. Inhaltlich werden wir mit einem klaren Bekenntnis zu Europa und zur sozialen Gerechtigkeit punkten. Die Piraten verstehen sich als internationale Bewegung. Populistische „Weg mit den Euro-Parolen“ haben bei uns keine Chance. Die Austeritätspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnen wir ab: Sie zeigt nicht nur in den Mittelmeerländern verheerende Wirkung, sondern wird uns über wegbrechende Absatzmärkte auch in Deutschland treffen. Deshalb wollen wir die Verwerfungen der wirklich sehr harten Agenda 2010 mit einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle Bürger bekämpfen.

Aber zur Höhe dieses Grundeinkommens sagen Sie nichts?

Sinnvoll wäre ein Betrag zwischen 1.000 und 1.200 Euro. Nur so wären vom ökonomischen Abstieg bedrohte Bürgerinnen und Bürger in der Lage, auf Druck der Arbeitsagenturen nicht mehr jeden noch so mies bezahlten Job annehmen zu müssen. Angesichts eines auch durch Umweltfragen begrenzten Wachstums bei steigender Produktivität jedes einzelnen Arbeitnehmers ist das Ziel der Vollbeschäftigung utopisch geworden. Gute Arbeit für alle ist eine Illusion, der leider gerade die SPD noch immer

anhängt. Wir müssen über den Übergang von der Arbeits- in die Tätigkeitsgesellschaft nachdenken.

Klingt nach weiteren neuen Schulden. Wie soll ein solches Grundeinkommen finanziert werden?

Zumindest teilweise durch die Finanztransaktionssteuer, also die Umsatzsteuer auf Kapitalgeschäfte. Europaweit könnte das 270 Milliarden Euro jährlich einbringen. Natürlich streben auch wir Piraten ausgeglichene Haushalte an. Klar ist aber: Niemals in der Geschichte der Bundesrepublik waren die Steuereinnahmen höher als in den vergangenen Jahren. Leider ist das Geld nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern angekommen – geflossen ist es in die Rettung der Banken.

Und mit welchen Themen wollen Sie hier in NRW punkten?

Wir arbeiten an einer ganzen Palette – vom Ende der zentralen Energieversorgung durch Großkraftwerke bis hin zu intelligenten Verkehrskonzepten: Unser Ziel ist ein umlagefinanzierter ticketloser Nahverkehr, der mindestens so attraktiv sein soll wie die Fahrt mit dem Auto.

Und damit kommen die Piraten in den Bundestag?

Das werden wir sehen. Ich persönlich habe die Hoffnung nicht aufgegeben. Kämpfen ist angesagt.

Andreas Wyputta

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Monika Pieper (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Ralf Kapschack (SPD), Norbert Neß (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



www.landtagintern.de

Geburtstage

19. Juni – 23. Juli 2013

19.6.	Lux, Eva (SPD)	55
21.6.	Dr. Stamp, Joachim (FDP)	43
23.6.	Fortmeier, Georg (SPD)	58
23.6.	Wirtz, Axel (CDU)	56
28.6.	Marsching, Michele (PIRATEN)	35
30.6.	Bas, Ali (GRÜNE)	37
2.7.	Schneider, Guntram (SPD)	62
5.7.	von Grünberg, Bernhard (SPD)	68
5.7.	Berghahn, Jürgen (SPD)	53
7.7.	Dr. Seidl, Ruth (GRÜNE)	60
7.7.	Güler, Serap (CDU)	33
11.7.	Laumann, Karl-Josef (CDU)	56
12.7.	Freimuth, Angela (FDP)	47
13.7.	Haardt, Christian (CDU)	48
14.7.	Dr. Adelmann, Roland (SPD)	43
16.7.	Dr. Schwall-Düren, Angelica** (SPD)	65
16.7.	Beu, Rolf (GRÜNE)	56
18.7.	Schneider, René (SPD)	37
19.7.	Wüst, Hendrik (CDU)	38
21.7.	Steininger-Bludau, Eva (SPD)	62
21.7.	Dr. Optendrenk, Marcus (CDU)	44
23.7.	Müller, Holger (CDU)	66
23.7.	Stotz, Marlies (SPD)	54
23.7.	Abrusatz, Kai (FDP)	44
23.7.	Bombis, Ralph (FDP)	42
25.7.	Scheffler, Michael (SPD)	59

** Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

26.6.	Lück, Ernst (SPD)	80
26.6.	Röken, Wolfgang (SPD)	70
4.7.	Dr. Zöpel, Christoph (SPD)	70
14.7.	Weiß, Karl (SPD)	85

Verstorben

14.5.	Karl Nagel (CDU) MdL 1966-1995	84
25.5.	Wilhelm Prasuhn (SPD) MdL 1958-1962	94

Keine Diätenerhöhung

20.6.2013 – Die Abgeordneten des Landtags NRW verzichten für die Jahre 2013 und 2014 auf eine Erhöhung ihrer Diäten. Das beschloss der Landtag auf Initiative aller Fraktionen.

Treffen & Termine

6./7.7. Tage der offenen Tür
18.-20.7. 5. Jugend-Landtag (öffentlich)

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Dr. Thomas Weckelmann, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, haben am 20. Juni 2013 vor der Plenarsitzung zum Parlamentsfrühstück sowie zur Landtagsandacht im Raum der Stille (Bürgerhalle) eingeladen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Eine tollkühne Idee ...

... war das heutige Parlamentsgebäude am Rhein vor gut 30 Jahren in den Köpfen von Bürgerinnen und Bürgern aus Düsseldorf, von Architekten, Politikern und Planern. Wie aus dem alten Petroleumhafen das heutige Haus der Bürgerinnen und Bürger wurde, wie bürgerschaftliches Engagement und eine Reihe von Glücksfällen dem ambitionierten Ziel auch unter Sparzwang zum Erfolg verhelfen, das lesen Sie in der aktuellen Broschüre „Der neue Landtag als Impuls für die Stadtentwicklung“, zu bestellen unter 0211 884-2851 oder per E-Mail an email@landtag.nrw.de. Auf dem Youtube-Kanal des Landtags gibt es zudem ein Interview mit dem Landtagsarchitekten Prof. Fritz Eller (www.youtube.com/nrwlandtag).

